

7. Juli 2025

Frühjahrskonjunkturumfrage:

## Zwischen Stillstand und Hoffnung: Bremer Industrie braucht Aufbruchstimmung

„Die Frühjahrskonjunkturumfrage 2025 der norddeutschen Arbeitgeberverbände belegt für Bremen nach wie vor die kritische Lage vieler Unternehmen im dritten Krisenjahr. Es gibt kaum Hoffnung auf ein zeitnahes Ende der Rezession, besonders angesichts der nationalen und internationalen politischen Rahmenbedingungen“, resümiert die Mitte Juni für weitere zwei Jahre im Amt bestätigte **NORDMETALL-Vizepräsidentin für Bremen, Lena Ströbele**.

206 Mitgliedsbetriebe mit rund 101.000 Beschäftigten haben sich bis zum Mai an der Umfrage von NORDMETALL, AGV NORD und den Arbeitgeberverbänden in Bremen, Emden, Oldenburg und Wilhelmshaven beteiligt, in Bremen waren es 16 Betriebe mit fast 19.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Immer noch beurteilt jeder dritte Betrieb im Norden die Geschäftslage als schlecht oder unbefriedigend (Bremen: 25 Prozent), der Anteil der Zufriedeneren ist gegenüber dem vergangenen Herbst gerade mal um sieben Prozent gestiegen. Nur im Luft- und Raumfahrzeugbau bewerten fast zwei Drittel der Firmen die Lage mit „gut“. Am Negativende der Skala rangieren die Metallherzeuger und Gießereien (58 Prozent „unbefriedigend“ oder „schlecht“), es folgt der Straßenfahrzeugbau mit 57 Prozent.

Beim Ausblick auf die kommenden sechs Monate erwarten 57 Prozent der Firmen in Norddeutschland Stagnation, nur 21 Prozent eine Verbesserung, 22 Prozent sogar eine Verschlechterung. Am pessimistischsten geben sich die Bremer Unternehmen mit 44 Prozent Verschlechterungserwartung. Die Auftragsbestände im Norden werden nur im Luft- und Raumfahrzeugbau mit 91 Prozent als hoch oder ausreichend eingeordnet. In allen anderen Branchen beklagen zwischen 31 Prozent (Elektrotechnik) und 50 Prozent (Straßenfahrzeugbau) das Ausbleiben von Bestellungen.

Den Personalbestand erhöhen wollen in den kommenden drei Monaten nur 13 Prozent der Bremer Industriebetriebe, der mit Abstand schwächste Wert im Norden. 62 Prozent planen keine Veränderungen, 25 Prozent wollen Personal abbauen. Insgesamt ergibt sich in der gesamten norddeutschen Industrie ein Einstellungsbedarf von gerade mal 150 Beschäftigten.

Geschäftsstellen **NORDMETALL** und **AGV NORD**



### Kontakt zum Pressesprecher

Alexander Luckow,  
Leiter Kommunikation und Wirtschaft  
Tel.: 040 6378 4231  
Mobil: 0172 260 50 39  
E-Mail: luckow@nordmetall.de

### Social Media

[LinkedIn](#)  
[Facebook](#)  
[Instagram](#)  
[Youtube](#)

Pressemitteilungen und Fotos: [www.nordmetall.de/presse](http://www.nordmetall.de/presse) und  
[www.agvnord.de/presse](http://www.agvnord.de/presse)

Die Arbeitgeberverbände NORDMETALL und AGV NORD vertreten 690 Unternehmen mit zusammen 170.000 Beschäftigten in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und im nordwestlichen Niedersachsen. Schwerpunktbranche ist die Metall- und Elektroindustrie. Dazu gehören Maschinen- und Schiffbauer, Firmen aus Luftfahrt- und Automobilindustrie, Stahlproduzenten genauso wie Spezialisten aus Medizin- und Elektrotechnik. Mit allein 140.000 Beschäftigten bildet diese Industrie das Herz der norddeutschen Wirtschaft.

Eine schlechte oder unbefriedigende Verfügbarkeit von Fachkräften melden immer noch 58 Prozent der Unternehmen im Norden (Bremen: 50 Prozent), geringfügig weniger als im vergangenen Herbst. In Mecklenburg-Vorpommern wird die Fachkräftelage sogar von 68 Prozent negativ eingeschätzt, gefolgt von Hamburg mit 64 Prozent. Bei den Auszubildenden sehen immerhin 50 Prozent der norddeutschen Betriebe eine gute oder zufriedenstellende Verfügbarkeit von geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern, sechs Prozent mehr als Ende 2024.

Ein kleiner Lichtblick: Glaubten seit Jahren rund zwei Drittel der norddeutschen Industrieunternehmen, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland an Attraktivität verliert, sind es jetzt nur noch 49 Prozent. Doch plant noch immer jeder fünfte Betrieb (21 statt zuvor 22 Prozent) Produktionsverlagerungen ins Ausland. Als besonders erschwerende Wirtschaftsfaktoren werden mit konstanten 84 Prozent die Arbeitskosten gewertet, gefolgt von der Bürokratie in Deutschland (67 Prozent), der internationalen Politik (64 Prozent; stark gestiegen) und den Energiekosten (55 Prozent; etwas gesunken).

Die Erwartungen der norddeutschen Unternehmen an bessere politische Rahmenbedingungen sind nach wie vor verhalten: 48 Prozent erwarten keine Vorteile trotz des 500-Milliarden-Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität (Bremen: 40 Prozent), 44 Prozent geringe Aufträge (Bremen: 47 Prozent), acht Prozent deutlich mehr Bestellungen (Bremen: 13 Prozent). Die Hoffnungen auf stärkere Auftragseingänge aufgrund der ausgeweiteten Verteidigungsausgaben des Bundes sind noch geringer: 59 Prozent der Firmen erwarten keinen Profit, in Mecklenburg-Vorpommern sogar 68 Prozent, im nordwestlichen Niedersachsen 62 Prozent, in Bremen 47 Prozent. Starke Befürchtungen angesichts der drohenden Zollerhöhungen durch die USA hegen nur 16 Prozent der Unternehmen, in Bremen allerdings mit einem Drittel überdurchschnittlich viele.

**NORDMETALL-Vizepräsidentin Lena Ströbele**, die auch Personaldirektorin der Lürssen-Gruppe ist, bilanziert: „Die Lage der Bremer Industrie hat sich zwar nicht weiter verschlechtert, aber auch nicht signifikant verbessert. Die Unternehmen befinden sich in Wartestellung, was die politischen Weichenstellungen angeht, hoffen darauf, dass ihre Erwartungen an die neue Bundesregierung durch konkrete Veränderungen bald erfüllt werden – mit schnell wirksamem Bürokratieabbau, steuerlichen Entlastungen und einer erleichterten Fachkräftepolitik. Die Befürchtungen, dass sich US-Zollerhöhungen schädlich auswirken, sind in Bremen besonders stark ausgeprägt. Insgesamt sind erste positive Hoffnungsschimmer da, eine echte Aufbruchstimmung muss aber erst noch entstehen.“